

Calmer Calwblatt

Nr. 84

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungswort: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 Mt., Familienanzeigen 100 Mt., Reklamen 400 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Donnerstag, den 12. April 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 Mt. monatlich. Postbezugspreis 3400 Mt. ohne Postgeb. Einzelnummer 120 Mt. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Hamann, ist nun von den Franzosen aus der Haft entlassen und ins unbesetzte Gebiet abgehoben worden.

Die Franzosen sehen alle propagandistischen Kräfte in Bewegung, um ihre Absicht der Postrennung des Rheinlands von Deutschland auch „moralisch“ zu begründen. Neben dem „Sicherungs“-Moment ist es die Propaganda im Rheinland selbst, die bekanntlich seit Jahren von feilen Schuftern, wenn auch ohne Erfolg, betrieben worden ist. Das ist auch für die Franzosen belanglos. Die Hauptsache ist die Erweckung des Eindecks, daß die Bevölkerung des Rheinlands „unabhängig“ von Preußen werden will. Und das zu bewerkstelligen, hat man nun den Landesvertreter Dorten nach Paris kommen lassen, wo er mit der ihm eigenen Gesinnungslosigkeit und Verlogenheit erklärt, daß das Rheinland nur darauf warte, von Frankreich erlöst zu werden. Bezeichnend ist es, daß ausgesprochen der „New-York Herald“, der auch in Paris in französischer Ausgabe erscheint, und dessen Deutschfeindschaft bekannt ist, die Erklärungen Dortens zuerst bringt, um jedes französische Interesse in Alrede stellen zu können, und gleichzeitig das amerikanische Volk über diese neueste „Volksbewegung“ zu unterrichten. Die rheinische Bevölkerung wird wohl Herrn Dorten die richtige Antwort geben.

Die Niederlage der englischen Regierung im Unterhaus und die „Erkrankung“ Bonar Laws hat doch tiefere politische Beweggründe und ursächliche Zusammenhänge, wie aus den heutigen Meldungen zu schließen ist. Es erscheint uns nicht ausgeschlossen, daß die Opposition das Kabinett Bonar Laws stürzen will, weil es die Ruhraktion und die damit verbundene Reparationsfrage zu lässig behandelt hat. Welchen Erfolg der Vorstoß der Opposition, der anscheinend auch von einigen Konservativen gestützt war, haben wird, muß die nächste Zukunft zeigen.

Als Ergebnis der dreimonatigen Besetzung des Ruhrgebiets ist festzustellen, daß bis Ende März 238 000 Tonnen Kohlen und Koks mit Mitteln der Gewalt geholt werden konnten, während man freiwillig über 4 Millionen erhalten hätte.

Verhandlungsneigung oder Verschärfung des Kampfes.

Der Aufenthalt des Kammerabgeordneten und früheren Wiederaufbauamministers Loucheur in London hat eine Fülle von Erörterungen in der englischen und französischen Presse geschaffen, die natürlich auch in der öffentlichen Meinung Deutschlands ein entsprechendes Echo gefunden haben. Wenn auch auf eine Anfrage im Unterhause der englische Ministerpräsident erklärt hat, daß der Besuch Loucheurs „vollkommen inoffiziell“ gewesen sei, und daß nur eine allgemeine Unterhaltung stattgefunden habe, so besteht doch kein Zweifel, daß Loucheur nicht ohne Kenntnis und wahrscheinlich auch nicht ohne Zustimmung der französischen Regierung diesen Schritt unternommen hat. Dazu kommt, daß er als Vertrauter der französischen Schwerindustrie gilt, die doch im Grunde als Urheberin der Ruhraktion betrachtet werden muß, und die nun das Fazit aus dem bisherigen Mißerfolg ziehen zu wollen scheint, indem man England zur Regelung des Gesamtproblems wieder heranzuziehen sucht. Man sagt in England, Loucheur gehöre zu den Gemäßigten, und vor einiger Zeit hat er ja auch erklärt, daß er nur dem Einmarsch ins Ruhrgebiet abgeraten habe, — weil er den dortigen Organismus kenne. Allerdings hatte er hinzugefügt, daß die Aktion jetzt auch durchgeführt werden müsse. Was Loucheur in London geboten, bzw. gefordert und schließlich erreicht hat, darüber war bis jetzt nur Weniges zu erfahren, aber das genügt auch, um uns darüber aufzuklären, daß die „Gemäßigten“ in Frankreich auch nicht mehr oder weniger anstreben, als uns das Rheinland zu entreißen, und uns nebenbei auch noch unter absolute Finanz- und Wirtschaftskontrolle zu setzen. An diesen Tatsachen ändern auch die noch so pathetischen Worte Poincarés und des Finanzministers, daß man uns nicht eine Parzelle deutschen Bodens wegnehmen wolle, gar nichts, denn im Endeffekt wäre die angestrebte „westrheinische Republik“ ja doch nur ein völlig von Frankreich abhängiger und auf Frankreich eingestellter Staat, den man im Laufe der Zeit auch mit denselben Methoden wie Elsaß-Lothringen und das Saargebiet verweltchen zu können glaubt. Und England soll dazu seine Hand bieten. Was geht nun innerhalb der englischen öffentlichen Meinung und der maß-

gebenden Kreise vor sich? In lapidarer Kürze wird gemeldet, daß die englische Regierung im Unterhaus in einer an sich belanglosen Frage eine Niederlage erlitten habe. War die Opposition eine Zufallsmehrheit, oder will man die Regierung stürzen? Die plötzliche „Erkrankung“ Bonar Laws ausgerechnet an einem Kehlkopfleid, das ihn am „Sprechen“ verhindert, könnte Fingerzeige geben, doch wird man abwarten müssen, ehe man für die Krankheit die Diagnose stellt. Hält man auch Bonar Laws zum Verhandeln mit Frankreich für ungeeignet, oder hält sich dieser selbst etwa für zu sehr exponiert im Hinblick auf seine bisherige Reparationspolitik? Neue Namen könnten uns nur bis zu gewissem Grade Antwort geben, denn die englische Politik hängt nicht an Persönlichkeiten. Das scheint aber nach den Presseauslassungen sicher zu sein, daß man dem „Sicherungs“-Gedanken Frankreichs entgegenkommen will, indem man sich mit dem Gedanken einer „Neutralisierung“ des Rheinlands befreundet zu haben scheint. In Deutschland sollte man dagegen sofort Front machen, und es heißt auch, daß nächstens der deutsche Außenminister zu der Angelegenheit Stellung nehmen wird, und eine Rundgebung des Reichstags gegen die Neutralisierung des Rheinlands geplant ist.

Was aber soll nun Deutschland tun? Bekanntlich hat Poincaré erklärt, daß man einen positiven, direkten Vorstoß der deutschen Regierung, der an Frankreich oder an die Gemeinschaft der Alliierten gerichtet würde, prüfen werde. Von englischer Seite ist erklärt worden, England könne nicht eingreifen, Deutschland solle die französischen und belgischen Ansprüche befriedigen, und jetzt weiß die „Deutsche Allg. Ztg.“, das Hauptorgan von Stinnes, sogar zu melden, daß die Alliierten (!) in kurzer Zeit in ultimativer Form an Deutschland die Aufforderung richten wollen, bestimmte Vorschläge für die Lösung des Reparationsproblems zu machen, andernfalls durch alliierte Kriegsschiffe die Ein- und Ausfuhr der Häfen Bremen und Hamburg verhindert würde. Also nach dem Mißerfolg der brutalen Gewaltaktion ins Ruhrgebiet eine neue fast vollständige Handelsblockade, an der demnach auch das „neutrale“ England teilnehmen würde. Daß man in England eine Erklärung Deutschlands wünscht, ist auch aus der Meldung der „Frei. Ztg.“ zu ersehen, daß sich in englischen Kreisen allmählich ein verstärktes Drängen (!) bemerkbar mache, Deutschland möge sich erklären, was es zu tun bereit sei, und unter welchen Bedingungen. Nun, der deutsche Reichskanzler hat aus Anlaß der Gedächtnisfeier für die Essener Blutopfer ja wiederholt die Bereitschaft der deutschen Regierung zu Verhandlungen kundgegeben. Und auch die Bedingungen: Freiheit und Frieden müssen dem deutschen Volke gesichert sein, und die Reparationspflicht müsse auf das Maß des Erfüllbaren zurückgeführt werden. Was die rein praktische Seite anbelangt, so erklärte der Reichskanzler, daß wir uns zu dem Vorschlag des Leiters der amerikanischen Außenpolitik bekannt hätten, eine internationale Sachverständigenkommission über die Leistungsfähigkeit Deutschlands und die entsprechende Höhe der Reparationssumme entscheiden zu lassen. Ob wir nun nochmals einen eingehenden praktischen Vorschlag vorlegen werden, nachdem der letzte kurz vor der Ruhraktion in Paris nicht einmal beachtet worden ist, weil man eben einfach zum Einmarsch entschlossen war, das wird wohl die Entwicklung der außenpolitischen Situation mit sich bringen. Wenn jedoch Havas schon wieder alle Verständigungsmöglichkeiten von vornherein zu ersticken sich anschickt, wie es mit der Ankündigung einer neuen Rede Poincarés geschieht, nach der Frankreich weder von seinen finanziellen Forderungen abgehen, noch das Ruhrgebiet vor Erfüllung der deutschen Verpflichtungen räumen will, so erscheint eine für Deutschland einigermassen erträgliche Regelung schon von vornherein wenig Aussicht zu haben, und das umso weniger, je mehr inzwischen wohl zu Erpressungszwecken die Gewalttätigkeit im Rheinland und Ruhrgebiet verschärft wird. O. S.

Zur Niederlage der englischen Regierung im Unterhaus.

London, 12. April. Das Unterhaus war gestern sehr gut besucht. Die Mitglieder der Regierungspartei waren nach den vorgestrigen Erfahrungen in ansehnlicher Stärke erschienen. Schatzkanzler Baldwin brachte anstelle Bonar Laws, der zwar erschienen war, aber nicht imstande war, zu sprechen, eine Resolution ein, durch die der Antrag, bei dem die Regierung vorgestern unterlegen war, erneut in Erwägung gezogen werden soll. Der Sprecher erklärte dieses Verfahren für korrekt. Baldwin sagte, der vorgestrige Vorfall sei auf eine Ueberumpelung zurückzuführen. Die Regierung habe sich eines Mangels an Aufmerksamkeit schuldig gemacht, aber die Abstimmung beweise nicht, daß sie das Vertrauen des Hauses verloren habe. (Beifall bei

den Regierungsanhängern.) — Ramsay MacDonald bestritt, daß die Abstimmung unerwartet gekommen sei und erklärte, die Regierung habe eine Niederlage erlitten, weil eine Anzahl Regierungsanhänger es abgelehnt habe, sie zu unterstützen. Er wünsche, daß die Regierung ihre Niederlage zugebe und eine Aenderung ihrer Politik betreffend die Verwendung der vormaligen Soldaten im Dienste der Zivilverwaltung ankündige. — Die hierauf folgenden Reden der Arbeitervertreter zeigten deutlich, daß die Mitglieder der Arbeiterpartei entschlossen seien, vor Annahme der Resolution Baldwins eine beratige Erklärung der Regierung zu veranlassen. Von der Regierungsbank erfolgte keine weitere Erklärung und die Verhandlungen gerieten in ein erregtes Fahrwasser. Zwischen den Arbeitervertretern und den Ministeriellen kam es zu heftigen Wortgefechten. Angesichts der ständigen Unterbrechungen beantragte Baldwin schließlich die Unterbrechung der Sitzung. Dies führte zu stürmischen Protestkundgebungen auf Seiten der Arbeiterpartei. Eine Anzahl Abgeordneter begann das Lied der „Roten Flagge“ zu singen. Da die Regierung keine weitere Mitteilung machte und die Arbeitervertreter offen ihren Entschluß bekundeten, die Verhandlungen nicht weiter fortführen zu lassen, hob schließlich der Sprecher die Sitzung für die Dauer einer Stunde auf. — Nach Aufhebung der Sitzung versuchte ein Mitglied der Arbeiterpartei, den Staatssekretär des Kolonialamtes mit einem Schriftstück zu schlagen. Regierungs- und Arbeitermitglieder verhinderten, daß es zu Tätlichkeiten kam. Angeblich war vorher ein Mitglied der Arbeiterpartei von einem Anhänger der Regierung geschlagen worden und dies soll den Zwischenfall veranlaßt haben. Schließlich verließen sämtliche Mitglieder das Haus, ohne daß es zu weiteren Zwischenfällen kam. Vor Aufhebung der Sitzung hat MacDonald nochmals die Regierung aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, ohne eine Antwort zu erzielen. Bei Wiederaufnahme der Sitzung herrschte große Bewegung, doch wurde die Ordnung nicht gestört. Die Arbeitervertreter sollen beabsichtigen, ihre Kundgebung zu wiederholen. Der Sprecher vertagte schließlich die Sitzung des Hauses auf heute.

London, 12. April. Die vorgestrige Niederlage der Regierung im Unterhaus war nicht unerwartet gekommen, da die Anhänger Bonar Laws eine bemerkenswerte Nachlässigkeit zeigten, die im Gegensatz zu der energischen Taktik der Opposition stand. Diese hatte auf die Gelegenheit gewartet, einen Vorstoß gegen die sorglosen Anhänger der Regierung zu unternehmen. Es handelte sich vorerstern um eine Frage von Minuten. Die Anhänger der Regierung waren davon verständigt worden, daß sie sich um 9.30 Uhr zur Abstimmung einzufinden hätten, aber die Opposition, der dies wahrscheinlich bekannt geworden war, erzwang die Abstimmung bereits um 9.20 Uhr und überumpelte damit die Regierungspartei. So war dies ein parlamentarisches Manöver im traditionellen Stil, wodurch schon verschiedentlich Regierungen mit geringen Mehrheiten zu Fall gebracht worden sind.

Die politische Krankheit Bonar Laws.

London, 11. April. Der politische Berichterstatler der „Daily Mail“ schreibt, Bonar Laws Gesundheit bilde das Thema zahlreicher Erörterungen in politischen Kreisen. Es sei unter diesen Umständen nicht überraschend, daß das Gerücht weit verbreitet sei, daß der Premierminister gezwungen sein könne, sein Amt niederzulegen oder einige der konservativen Führer aus dem vormaligen Kabinett zu überreden, wieder in die Regierung einzutreten.

Französisch-belgische Besprechungen in Paris.

Paris, 11. April. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel werden die Minister Teunis und Jaspas am Freitag morgen um 8 Uhr nach Paris abreisen und am Samstagabend in Brüssel zurück sein.

Die amerikanischen Handelskammern und die Reparationsfrage.

London, 12. April. Reuter berichtet aus Washington, daß die Jahresversammlung der amerikanischen Handelskammern, die im nächsten Monat in Newyork stattfinden werde, den Vorschlag eingehend erörtern werde, daß eine internationale Konferenz abgehalten werden solle, um eine Lösung des Reparations- und anderer europäischer Wirtschaftsprobleme ausfindig zu machen, wie es auf der Sitzung in Rom abgehaltenen Zusammenkunft der amerikanischen Handelskammern angeregt wurde. Delegierte aus fast allen kommerziellen und industriellen Zweigen des Wirtschaftslebens der Vereinigten Staaten würden auf der Zusammenkunft in Newyork Gelegenheit haben, ihre Ansichten über die Lage auszusprechen.

Ergebnis.

gibt Dr. Egele n, rube ist eine überaus en. Selbsteingebungen Jede starke Vorstel- wirklichkeit. Werden eingepflanzt, so lein die Triebkraft des man zweckmäßig den schlafen, um sich begen durch wiederholte af man sich möglichst. Wenn man sich ge- Autosuggestion ab- Befestigung einreden, ge n positiven Eigen- mente vor dem Ein- lungen während des n, schließt die Augen, lassen, stellt möglichst Aufmerksamkeit völlig Atmung und wartet dann die Eingebun- kann durch häufige in mechanisches Ein- werden und somit die Persönlichkeitskultur an beispielsweise sich r bestimmten Stunde, e, frohgünstige Stim- heit des Aufstrebens, affen. — Was hier a x i s schon längst

ilmann, Calw. dbruderei, Calw.

ag, 13. April, 8 Uhr lgeb. Raum. Daur. onisse in Palästina.

inberg. die, Freunde und ag, den 14. April

Feier Oberkollbach r, Kusterer, Bauer ohr, Bauer in Weinberg. in Altburg. besonderen Anzeige

lein im Maschinenschreiben er 13 Jahre alt, ht. es Büro, Calw.

Der Landesverräter Dorten in Paris.

Eigenerische Behauptungen über die Stimmung im Rheinland.

Paris, 11. April. Der „New-York Herald“ schreibt zu der Anwesenheit Dortens in Paris, nur die Ungewissheit, mit der die Bildung einer rheinischen Republik heute von der amerikanischen und der englischen Regierung aufgenommen würde, verhindere die französische Regierung, der Unabhängigkeitsbewegung ihre volle Unterstützung zu gewähren, für die Dorten jetzt mit größerem Erfolg in militärischen und diplomatischen Kreisen Frankreichs plädierte. Poincaré habe es bis jetzt abgelehnt, Dorten zu empfangen, aber es verlautete, daß er seine persönliche Zustimmung zu der Bildung eines autonomen rheinischen Staates in irgend einer Form gegeben habe. Er gehe auf Grund der Erklärungen von Marshall Foch, General Mangin und anderen Vertretern des Obersten Kriegsrats von der Ansicht aus, daß dies die beste Möglichkeit sei, die französische Sicherheit zu garantieren. Dorten hat auch einem Vertreter des „New-York Herald“ ein Interview gewährt, in dem er erklärte, die deutsche Reparationsschuld erfordere eine gewisse Neuregelung, denn die Separatisten seien überzeugt, daß Deutschland weit mehr zahlen könne, als es bis jetzt angeboten habe. Sein Vorschlag gehe dahin, eine autonome Republik innerhalb des Reichsverbandes zu schaffen, die das als Rheinland bekannte Gebiet beiderseits des Rheins und einen Teil des Ruhrgebiets umschließen würde, so daß die östliche Grenze der rheinischen Republik fast parallel vom Rhein verläuft. Frankfurt a. M. soll mit einbezogen werden, mit anderen Worten, die rheinische Republik soll eine Gesamtbevölkerung von 12 Millionen erhalten, politisch und wirtschaftlich lebensfähig und der preussischen Brutalität unbedingt entzogen sein. Dr. Dorten behauptete dem Vertreter des Blattes gegenüber, daß er von den Bürgermeistern und Parteiführern von nahezu sämtlichen rheinischen Städten, darunter Aachen, Koblenz, Köln, Trier, Montabaur, Mainz und Wiesbaden unterzeichnete und beglaubigte Dokumente besitze, die ihm ihre Unterstützung versicherten. Die größere Mehrheit der Bevölkerung sei nach wie vor für die Unabhängigkeit. Dorten will diese Dokumente bis jetzt nur hochgestellten militärischen Persönlichkeiten im besetzten Gebiet und in Paris gezeigt haben. Das Blatt sagt, das sei anscheinend eine solide Grundlage für die Dorten'sche Idee. Hinter dieser Idee ständen 70 Prozent der Bevölkerung. Für den Fall, daß es zur Bildung einer rheinischen Republik komme, verspreche Dorten die Uebernahme von einem Fünftel, eventuell von einem Drittel der deutschen Reparationsschuld. Die Rheinlande verlangten nur, daß man ihnen die Ausnützung ihrer Hilfsquellen allein überlasse und daß man einen rheinischen Außenhandel ermöglichen, um auf diese Weise die rasche Abzahlung der Reparationsschuld verwirklichen zu können. Dorten hat dem Berichtsersteller des „New-York Herald“ folgende Episode mitgeteilt, um die Haltung der Engländer in den Rheinlanden zu kennzeichnen. Am Tage des Rapp-Putsch seien die rheinischen Separatistenführer, darunter auch er, von dem Leiter des englischen Nachrichtendienstes, Rya, der jetzt im Hauptquartier der englischen Besatzungstruppen sei, nach Köln berufen worden. Er habe darauf gedrungen, daß die Separatisten sofort die rheinische Republik ausrufen, und er habe die Versicherung gegeben wollen, daß das Unternehmen mit 30 Millionen Pfund unterstützt werden solle. Dieses Angebot sei abgelehnt worden, da man annahm, daß die öffentliche Meinung die Ausrufung der Republik im Augenblick des Rapp-Putsches lediglich als einen Bestandteil des monarchistischen Aufstandes betrachtet haben würde. Dorten schloß sein Interview mit der Erklärung, die Zeit zum Handeln sei jetzt gekommen. Berlin werde auch fernerhin Reparationen versprechen und dann seine Versprechungen nicht halten, wie es das 4 Jahre lang getan habe, bis schließlich die Welt einem wieder auferstandenen Preußen gegenüberstehe, das zu einem noch schrecklicheren Zerstörungskrieg geeignet sei. Frankreich müsse beachten, daß der Plan einer rheinischen Republik der amerikanischen Idee einer Staatenföderation eben so nahe stehe, wie dem englischen System des Self-Government. Deshalb bitten die Rheinlande nochmals um Gehör und hoffen auf Unterstützung durch die französische Regierung. Das Rheinland vertraue darauf, daß die öffentliche Meinung früher oder später die Führer zwingen werde, die Initiative zu ergreifen.

Die französische Gewaltpolitik.

Das Kohlenenergebnis der 3 Monate währenden Ruhrbesetzung.

Berlin, 11. April. Die „B. Z. am Mittag“ stellt heute anlässlich der nunmehr drei Monate währenden Ruhrbesetzung als Ergebnis dieser Aktion fest, daß Belgien, Frankreich und Luxemburg vom Beginn des Ruhrbruchs bis Ende März insgesamt 238 000 Tonnen Kohlen und Koks mit Mitteln der Gewalt sich haben verschaffen können, während sie nach dem bisherigen Verlauf der Reparationslieferungen 4 200 000 Tonnen erhalten haben würden. Das Blatt schließt seine Ausführungen mit den Worten: Ihr Ziel haben Franzosen und Belgier in drei Monaten nicht erreicht. Sie werden es zu einem anderen Zeitpunkt ebenfalls erreichen.

Einschränkung der Kohlenproduktion im Ruhrgebiet.

Paris, 11. April. Wie Havas aus Düsseldorf berichtet, bemüht man sich auf zahlreichen Gruben, die von den Franzosen noch nicht besetzt sind, die Produktion einzuschränken, um die Anhäufung von Lagerbeständen zu vermindern. So sei auf der Grube „Altstaden“ in Oberhausen die zu den Ribernia-Betrieben gehörende, die Mittagschicht ausfallen gelassen worden. Die Nachtschicht werde zu Unterhaltungsarbeiten verwandt und nur die Morgenschicht arbeite für die Förderung.

Freifassung des Staatssekretärs Dr. Hamm.

Berlin, 11. April. Staatssekretär Dr. Hamm, der am Montag in Scharnhorst von den Franzosen festgehalten wurde und dadurch verhindert worden war, an der Trauerfeier für die Opfer des Essener Blutbades teilzunehmen, wurde gestern Abend 8 Uhr von Rastrop unter fremder Bedeckung nach Scharnhorst gebracht und aus dem Einbruchsgebiet ausgewiesen. Hamm traf heute Morgen wieder in Berlin ein.

Die interalliierte Rheinlandskommission entzieht deutsche Landesverräter den deutschen Gerichten.

Paris, 8. April. Havas berichtet aus Koblenz: Die Interalliierte Rheinlandskommission hat ein Statut für das Personal der französisch-belgischen Eisenbahnregie ausgearbeitet, um seinen Schutz sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird das Personal behandelt wie die Personen, die zum Besatzungsheer gehören. Andere Staatsangehörige einschließlich der deutschen, die bei der Regie beschäftigt werden, werden ebenfalls als Organe betrachtet, die dem alliierten Heer angehören und unterstehen also der Gerichtsbarkeit, die die Ordnung der Rheinlandskommission festgesetzt hat. Jede Person, die im Dienste der Eisenbahnregie steht, ist also von jetzt ab berechtigt, selbst von Taten, die nichts mit dem Dienst zu tun haben, zu verlangen, daß sie den deutschen Gerichten zur Beurteilung entzogen werden. **Deutscher Protest gegen die Einschränkung der deutschen Gerichtsbarkeit gegenüber Ausländern.**

Berlin, 11. April. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz hat im Auftrag der Reichsregierung an die Interalliierte Rheinlandskommission eine Note gerichtet, in der gegen die von letzterer getroffene Anordnung, daß die deutschen Behörden dem Delegierten der Rheinlandskommission von jeder beabsichtigten Verhaftung eines Staatsangehörigen der an der Besetzung der Rheinlande teilnehmenden Mächte vorher Kenntnis geben und daß im Falle der Ergreifung auf frischer Tat der Beschuldigte sofort dem Bureau des Delegierten zwecks Prüfung der Angelegenheit vorgeführt wird, Protest erhoben wird, da die Anordnung einen schweren Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit darstelle, der durch die Bestimmungen des Rheinlandkommens nicht gerechtfertigt werden könne. Am Schluß der Note heißt es, das Ergebnis der Anordnung würde darin bestehen, daß sie sich im besetzten Gebiet aufhaltenden Ausländer, soweit sie zu den an der Besetzung teilnehmenden Mächten gehören, aus dem Gebiet der deutschen Strafgerichtsbarkeit ausschließen und in einem Umfang unter der besonderen Protektion der Interalliierten Rheinlandskommission ständen, wie es höchstens nur in minder kultivierten Staaten unter der Herrschaft der sogenannten Kapitulationen der Fall sei.

Der deutsche Richterbund gegen die französischen Gewalturteile.

Berlin, 11. April. Der deutsche Richterbund erläßt folgende Kundgebung: Die französischen Behörden, die sich Gerichte nennen, fällen fortgesetzt über friedliche Deutsche in Deutschland Gewalturteile, deren barbarische Strafen oft mehr an asiatischen denn europäischen Mächten gemahnen. Die Verfehlungen der Beurteilten bestehen einzig in der Nichterfüllung von Zumutungen, die von ihnen als deutsche Staatsbürger nur unter krassen Völkerrechtsverletzungen verlangt werden konnten. Die Richter müssen stets Richter bleiben und nur nach Recht und Gerechtigkeit urteilen. Wir rufen die rechtlich Denkenden aller Völker auf, besonders die Richter aller Staaten, die mit uns der Empörung über die Schändung, die mit den Namen Recht, Richter und Gerechtigkeit getrieben wird, lauten Ausdruck verleihen.

Protest gegen die Massenarrestierungen der Eisenbahnbeamten.

Trier, 11. April. Der Regierungspräsident von Trier, Dr. Saachen, hat dem franz. Bezirksdelegierten für den Regierungsbezirk Trier anlässlich der Massenarrestierung von Eisenbahnbeamten in Jünkerath, Euren und Trier-St. Paul, wodurch allein in Euren und St. Paul über 1200 Personen obdachlos wurden, während weiteren 500 Eisenbahnbeamten in Efran, Pont und Karthaus das gleiche Schicksal bevorzustehen scheint, ein Protestschreiben übersandt, in dem gegen diesen aller göttlichen und menschlichen Moral höhnpredigenden Versuch, pflichttreue Beamte zum Bruch des Beamteneids und zum Verrat am Vaterland zu verleiten, feierlich protestiert wird. Zum Schluß des Schreibens heißt es: Auch dieser neuen Gewaltmaßnahme wird der erwartete Erfolg verlagert bleiben. Fester denn je ist der Wille der Eisenbahner und mit ihnen der der ganzen Bevölkerung, sich durch keine Drohung und Gewalt vom Wege der Pflicht abbringen zu lassen.

Wieder eine Bahnsperrung.

Berlin, 11. April. Gestern Nacht wurde, wie die Blätter melden, in einer Unterführung am Jägerplatz in Buer, die einen Teil der militarisierten Strecke nach Recklinghausen bildet, eine Sprengung vorgenommen. Ein Gleis ist zerstört worden. Die Franzosen sind mit der Ausbesserung beschäftigt. Ueber die Stadt Buer ist wegen der Sprengung eine Buße von 50 Millionen Mark verhängt worden. Ferner wurde eine Straßensperre von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh eingeführt.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Münster, 11. April. Heute früh besetzten die Franzosen den Bahnhof Recklinghausen-Süd, in Recklinghausen außerdem die Stadt- und die Kreisparke. — In Herdecke sind drei Straßenbahner, die versucht hatten, Stahl aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet zu bringen, verhaftet worden. — In Monschau ist der geistliche Leiter des katholischen Alumnats ohne Angabe von Gründen von den Franzosen verhaftet und ausgewiesen worden. — Die Fran-

zosen erließen eine neue Verordnung, wonach Kohlenwagen ohne Erlaubnisschein auf der Straße nicht gefahren werden dürfen, widrigenfalls die Beschlagnahme erfolgt.

Ruhepende der russischen Gewerkschaften.

Moskau, 10. April. Die russischen Genossenschaften in Moskau veranstalteten eine Sammlung zu Gunsten der notleidenden Arbeiter im Ruhrgebiet. Das Ergebnis war 1000 Pfund Sterling, gleich etwa 100 Millionen Mark, die den deutschen Konsumgenossenschaften zur Verteilung überwiesen werden.

Zur auswärtigen Lage.

Die Unterdrückung der Pressefreiheit im Saargebiet.

Saarbrücken, 10. April. Auf Grund der Notverordnung sind verboten worden: die „Saarländer Volkszeitung“ auf 2 Wochen, die „Neunkirchner Volkszeitung“ in Neunkirchen auf 8 Tage, die „Saar- und Blieszeitung“ in Neunkirchen auf 3 Tage. Bisher sind im Saargebiet sechs Zeitungen verboten worden. In Saarbrücken erscheint nur noch der „Neue Saarturier“.

Zunahme des polnischen Terrors im abgetretenen Oberschlesien.

Berlin, 12. April. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus Breslau nimmt der polnische Terror gegen die Deutschen in Ostoberschlesien zu. Seit einiger Zeit haben die in Deutsch-Oberschlesien ansässigen Arbeiter der Stahlfabrikwerke in Chorzow unter polnischen Gewalttaten zu leiden. Verschiedentlich wurden Arbeiter überfallen und verprügelt, und es wurden ihnen die zum Grenzübertritt erforderlichen Verkehrskarten abgenommen. Allein gestern wurden sich 15 schwerverletzte Arbeiter in ärztliche Behandlung begeben.

Beschlechterung der Beziehungen zwischen Eng und und Rußland.

London, 11. April. Die „Daily Mail“ berichtet, die bolschewistische Regierung habe eine zweite Note an den Leiter der britischen Mission in Moskau geschickt in Erwiderung der britischen Proteste gegen die Verfolgung der Kirche durch die Bolschewisten. Diese zweite Note sei ebenso wie die erste, die der britische Vertreter zurückgewiesen habe, der offiziellen Uebermittlung nach London unwürdig. Es wurde gestern mitgeteilt, daß die Lage zwischen den beiden Regierungen sich nicht gebessert habe und nicht einmal stationär gewesen sei. Wie verlautete, werde die Frage der Aufrechterhaltung oder die Zurückziehung der britischen Mission in London sowie der Sowjetabordnung in England erwogen.

Griechenland gegen die türkischen Entschädigungsansprüche.

Paris, 11. April. Der in Paris weilende griechische Außenminister Alexandris hat dem Vertreter einer Nachrichtenagentur in einem Interview u. a. erklärt, Griechenland sei fest entschlossen, den Türken keine Entschädigung zu bezahlen, zunächst weil die Griechen zum mindesten die gleiche Höhe, wenn nicht noch mehr an Entschädigungen von den Türken zu verlangen hätten, und dann, weil es dem griechischen Volk unmöglich gemacht werde, sich zu erholen, wenn man ihm diese unerträglichen Lasten auferlege. Er bestrebe darauf, und Griechenland werde lieber den Frieden nicht unterzeichnen, und sogar auf Verhandlungen verzichten, als eine Entschädigung bezahlen, die als ausgeprochenes Unrecht und unannehmbar erscheine. — Die Griechen sollen sich von ihren „Freunden“, die sie in den Krieg gehetzt haben, die Entschädigungen bezahlen lassen.

Unverändert „ablehnende“ Haltung Amerikas gegenüber dem Völkerbund.

Washington, 11. April. Amtlich wird erklärt, daß Präsident Harding die von manchen Seiten aufgestellte Behauptung, der Beitritt der Ver. Staaten zum ständigen internationalen Gerichtshof würde die Ver. Staaten unmitteilbar in den Völkerbund bringen, für unrichtig erkannte. Der Präsident sei der Ansicht, daß die Frage des Beitritts der Ver. Staaten zum internationalen Gerichtshof von den Anhängern des Völkerbundes in ein falsches Licht gestellt worden sei, indem sie behaupteten, darin liege die Möglichkeit, die Ver. Staaten in den Völkerbund zu bringen. Die Erklärung befiehlt weiter, die Haltung der Regierung gegenüber dem Völkerbund sei unverändert. — Amerika bleibt nur aus taktischen Gründen dem Völkerbund fern.

Deutschland.

Fürsorge des Papstes für lungenranke deutsche Kinder.

Berlin, 10. April. Der Papst hat, einer persönlichen Bitte des Reichsarbeitsministers Folge gebend, aus ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Betrag von 200 000 Lire für die Fortsetzung des Hilfswerkes der Unterbringung lungenkranker deutscher Kinder in Davos gespendet.

Keine allgemeine Ermäßigung der Gütertarife.

Berlin, 10. April. Der Ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats ist heute vormittag im großen Sitzungssaal des Reichsverkehrsministeriums zusammengetreten. Der Ausschuß unterzog die gesamte Wirtschaftslage einer eingehenden Erörterung, als deren Ergebnis die einmütige Auffassung sämtlicher Mitglieder festgestellt werden konnte, daß eine allgemeine Ermäßigung der Gütertarife zur Zeit nicht angängig sei und daß die Reichsbahn unbeschadet der Erhaltung der Ruhrschäden aus den allgemeinen Reichsmitteln an der Deckung der Ausgaben durch laufende Einnahmen festhalten müsse.

Rohfenwagen
gefahren wer-
erfolgt.

Eigenschaften.
Eigenschaften in
Ansehen der not-
Ergebnis war
onen Mark, die
erteilung über-

Freiheit

Verordnung sind
auf 2 Wochen,
auf 8 Tage, die
3 Tage. Bisher
werden. In Saar-

Verors

des „Berliner
Terror gegen
einiger Zeit
Arbeiter der
Gewalttaten zu
überfallen und
Grenzübertritt
Allein gestern
ärztliche Be-

und Russland.

Berichtet, die
Note an den
Geschicht in Er-
Verfolgung der
Note sei ebenso
zurückgewiesen
London unwir-
Lage zwischen
habe und nicht
te, werde die
rückziehung der
objektordnung

Wagsanspruch.

riedische Augen-
achrichtengatur
sei fest entschlos-
zunächst weil
nicht noch mehr
igen hätten, und
gemacht werde,
ischen Lasten auf-
werde lieber den
Handlungen vers-
ausgesprochenes
rieden sollen sich
behegt haben, die

Amerikas

klärt, daß Prä-
aufgestellte Be-
ständigen in-
Staaten unmit-
rechtig erkannte.
ge des Beitritts
ichtshof von den
es Licht gestellt
ge die Möglich-
zu bringen. Die
regierung gegen
Amerika bleibt
d fern.

Kindr.

ner persönlichen
ebend, aus ihm
rag von 200 000
der Unterbrin-
Davos gespendet.

Gütertarife.

schuß des Reichs-
Sitzungsaaal
ingetreten. Der
lage einer ein-
die einmütige
t werden konnte.
ertarife zur Zeit
unbeschadet der
einen Reichs-
laufende Ein-

Aufhebung der Strafverfolgung gegen Pfarrer Traub.

Beipzig, 11. April. Im Prozeß vor dem Staatsgerichtshof gegen Pfarrer Traub (Deutschnational) haben die von dem Vorsitzenden angeregten Vergleichsverhandlungen zu dem Ergebnis geführt, daß der Angeklagte Traub folgende Erklärung abgab: Ich habe mich nach den Aussagen von Zeugen überzeugt, daß die von mir aus dem „Reichswart“ in meinem Auftrag in die Münchener „München-Augsburger Abendzeitung“ vom 6. 3. übernommenen Mitteilungen die Vorgänge beim Empfangsabend am 2. Februar 1921 in vollständig entstellter Weise wiedergegeben haben und daß deshalb der aus dieser Darstellung gezogene Schluß, der Herr Reichspräsident habe bei jener Gelegenheit ein vaterlandswidrige Gesinnung an den Tag gelegt, der Wirklichkeit widersprechen ist und eine schwere Kränkung des Reichspräsidenten enthält. Ich erkläre mein Bedauern darüber, daß ich diese Mitteilungen übernommen habe. Ich bin bereit, diese Erklärung in einer der nächsten Nummern der „München-Augsburger Abendzeitung“ abzugeben. — Weiter erklärte der Angeklagte, die Kosten des Verfahrens übernehmen zu wollen. Im Anschluß hieran wurde das Verfahren ausgesetzt, bis vom Reichspräsidenten die formelle Zurücknahme des Strafverfahrens vorliegt.

Beipzig, 12. April. Nachdem der Reichspräsident erklären ließ, daß er sich mit der Erklärung des Pfarrers a. D. Traub begnüge und von einer Strafverfolgung absehe, hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik das Verfahren gegen Traub eingestellt.

Das Programm der sächsischen Regierung.

Dresden, 10. April. In der heutigen ersten Sitzung nach den Osterferien gedachte Landtagspräsident Winkler im Landtag der künftigen Vorkommnisse in Essen am Ostermontag und gab der Trauer und dem Mitgefühl des sächsischen Volkes mit den Opfern der Gewalttaten des französischen Imperialismus Ausdruck. Bei den Worten des Präsidenten hatten sich sämtliche Abgeordneten, einschließl. der Kommunisten, von den Sitzen erhoben. Nach einer Erklärung des kommunistischen Abgeordneten Böttcher, der die Schuld an den Essener Vorgängen dem französischen und deutschen Kapitalismus zuschreibt und eine gemeinsame Abwehrfront des internationalen Proletariats verlangt, ergriff der neue Ministerpräsident Dr. Z e i g n e r das Wort zu einer Regierungserklärung, in der er zunächst die Zusammensetzung des neuen Kabinetts bekannt gab. Das Ministerium des Innern habe der Landtagsabgeordnete Liehmann, das Arbeitsministerium der Landtagsabgeordnete Graupe übernommen, während er das Justizministerium beibehalten werde. Die Minister Fleißner, Heilmann und Hecht bleiben auf ihren Posten. Hierauf entwickelte der Ministerpräsident sein Regierungsprogramm auf Grund der rechtmäßigen, seiner Wahl vorangegangenen Vereinbarungen zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei. In Bezug auf die Konstitution brachte der Ministerpräsident zum Ausdruck, daß die sächsische Regierung unbedingt darauf bestehen werde, daß die Reichsregierung keine Gelegenheit unbenutzt lasse, um in Verhandlungen mit den Franzosen und Belgiern einzutreten. Ferner sagte er, der Besitz müsse in weit höherem Maße als bisher herangezogen werden, um die Reparationsverpflichtungen des Reiches und die damit zusammenhängenden Kosten zu decken. Auch darauf werde die sächsische Regierung mit größter Energie trängen.

Der Abmangel des Berliner Haushalts.

Berlin, 12. April. In der heutigen Sitzung des Berliner Magistrats gab der Kammerer einen Ueberblick über den Haushaltsvoranschlag der Stadt Berlin für 1923. Darnach betragen die Ausgaben nach dem heutigen Geldwert 547 Milliarden, denen nur 517 Milliarden laufender Verwaltungseinnahmen gegenüber stehen. Es bleibt also ein ungedeckter Betrag von 30 Milliarden.

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.
Der Herzog, der sich bereits der Tür genähert hatte, kam plötzlich zurück. Frau von Kagenstein stülzte die Krante, die sich gehorsam erheben wollte. Sie winkte freundlich zu Klaudine hinüber: „Auf Wiedersehen! Ich werde Sie bald rufen lassen, Liebste! Gute Nacht, mein Freund.“ wendete sie sich dann zum Herzog; „morgen bin ich wieder ganz wohl.“
Der Arzt trat, nachdem die Krante hinter dem Vorhang verschwunden war, zum Herzog.
„Hohheit, es ist nichts Ungleiches; nur muß die hohe Krante sehr geschont werden — keine auferregenden Gespräche, keine geistreichen Debatten, wie Ihre Hohheit es liebt. Das Temperament Ihrer Hohheit spielt mir ohnehin schon böse Streiche; ebenmäßig langweilig soll die Krante leben.“
„Bester Herr Medizinalrat, Sie kennen ja die Herzogin — eben hat sie übrigens bloß ein wenig gelacht.“
„Ich erlaube mir nur, Eure Hohheit nochmals darauf aufmerksam zu machen,“ erwiderte der alte Mann sich verbeugend.
Der Herzog winkte sichtlich zerstreut und ungeduldig mit der Hand. „Guten Abend, lieber Westermann.“
Klaudine erschrak; sie preßte sich tiefer hinein in die Dämmerung der Fensternische und blickte dem sich entfernenden Arzte mit seltsam bangen Augen nach. Sie war allein — allein mit dem Herzog. Das, was sie stets flug zu vermeiden gewohnt, was er unverkennbar gesucht, heiß gesucht, war geschehen. Aber — vielleicht hatte er ihre Gegenwart vergessen; er schritt so erregt auf und ab im Zimmer. O, er würde sie nicht bemerken; das einzigste Licht des Armenzimmers, das man vorhin so eilig angezündet hatte, genügte kaum, den nächsten Umkreis des Kamins zu erhellen, und sie stand geborgen hinter dem seidnen Vorhang der Fensternische.
In atemloser Angst verharrte sie, wie ein verfolgtes Reh, das dem Jäger nicht mehr zu entkommen weiß. Sie hörte das Klopfen ihres Herzens so deutlich, wie seine gedämpften Schritte dort auf dem weichen Teppich. Dann zuckte sie empor — die Schritte näherten sich; eine hohe Gestalt war unter den Vorhängen getreten und eine Stimme, welche von einer Leidenschaft-

Ämtliche Bekanntmachung Handel mit Fleisch.

Diejenigen Metzger des Oberamtsbezirks Calw, welche Fleisch an andere Metzger, Wirtschaften und Pensionen nach außerhalb ihres Wohnortes insbesondere nach Pforzheim weiterverlaufen, bedürfen hierzu auf Grund der Verordnung des Reichsanzlers von 24. Juni 1916 betr. den Handel mit Lebens- und Futtermitteln in der Fassung vom 10. Jan. 1923 — R.G.B. S. 111 — der Großhandelserlaubnis durch das Oberamt Calw.

Zuwiderhandlungen hiegegen werden als Vergehen mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 100 000 M bestraft. Die beteiligten Kreise werden darauf hingewiesen. Calw, den 11. April 1923.

Oberamt: Pö g e l, Amtmann.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. April 1923.

Liebe Buben und Mädchen von Calw.

Es ist doch gut, wenn Ihr von Zeit zu Zeit in das Tagblatt hineinsieht. Sonst hättet Ihr meinen letzten Brief nicht gelesen und unsere 23 Karlsbühler Kinder hätten keine Einladung bekommen, vier so schöne Vatantage in Calw zu erleben. Es gingen ja viel mehr Einladungen ein, doch hatten wir nicht so viele brave Kinder, die wir schiden konnten, ohne in Gefahr zu laufen, daß sie unartig sind. Wir Alten waren zwar als Kinder auch nicht immer so arg brav, haben gelacht, wenn wir ernst sein sollten, haben uns beim Spaziergehen nicht gerne an der Hand führen lassen und haben beim Eisenbahnfahren trotz aller Warnungen zum Fenster hinausguckt, bis wir eine Ladung Kohle in den Augen hatten, daß wir sie drei Tage lang verbinden mußten. Wenn wir Alten jetzt auf der Eisenbahn fahren, sehen wir vorsichtig zum Fenster hinaus, weil wir schlauer geworden sind. Ihr Kinder begreift es oft nicht, warum die Eltern dieses so und jenes anders wollen, auch unsere Kinder in der Anstalt nicht. Aber später seht Ihr es vielleicht einmal, daß es doch gut und bequem war, wenn die Eltern oder Erzieher Euch vom Schmutz fernhalten wollten, vom Kohlenstaub und von noch größerem Schmutz, der oft Kindern droht. Unsere Waiskinder, die ja meist vater- und mutterlos sind, haben einen starken Schutz und liebevolle Fürsorge doppelt nötig. Sie haben zum großen Teil als einziges Erbe von zu Hause schwie-

Nur der geschlossene Widerstand Deutschlands kann siegen. Stärkt ihn durch Euren Aprilbeitrag zum Deutschen Volkssopfer.

Sammelstellen in Calw: Calwer Tagblatt, Lederstraße; Kaufmann Dreiß und Kaufmann Rühlke, Marktplatz; Kaufmann Serva, Lederstraße; Oberamtspflege Calw; sowie Kassenstelle der Vereinigten Webfabriken.

Das Eulenhäus.

lichen Aufregung seltsam kluglos gemacht wurde, nannte ihren Namen: „Klaudine“.
Sie trat furchsam einen Schritt seitwärts, als wollte sie eine Gelegenheit erpähnen zu fliehen.
„Klaudine,“ wiederholte er und bog sich herab zu ihr, daß sie trotz der tiefen Dämmerung den stehenden Ausdruck seiner Augen sehen mußte. „Die Szene tat Ihnen weh? Sie war nicht meine Schuld — ich möchte Sie um Verzeihung bitten.“
Er wollte nach ihrer Hand fassen; sie barg sie in den Falten ihres Kleides. Kein Wort kam aus ihrem fest geschlossenen Munde; so stand sie in stummer Abwehr, mit den schönen zornigen Augen ihn anblickend.
„Wie soll ich das verstehen?“ fragte er.
„Hohheit, ich habe den Vorzug, die Freundin der Herzogin zu sein!“ sagte sie dann verzweiflungswohll.
Ein trauriges Lächeln flog einen Augenblick über sein Gesicht.
„Ich weiß es! Sie sind im allgemeinen nicht dafür, von heut auf morgen Freundschaft zu schließen; indessen — Sie meinen, man müsse alles benutzen?“
„So scheinen Eure Hohheit zu denken!“
„Ich? Auf Ehre nicht, Klaudine! Aber Sie, Sie haben sich mit wahrer Sturmeselbe hinter die Schranke geschlüchtet, die diese Freundschaft zwischen Ihnen und mir errichtet.“
„Ja!“ sagte sie ehrlich, „und ich hoffe, daß Hohheit diese Schranke achten — oder —“
„Oder? — Ich ehre und anerkenne Ihre Zurückhaltung, Klaudine,“ unterbrach er sie, in respektvoller Entfernung von ihr stehend. „Glauben Sie nicht, daß ich Ihnen wie ein verliebter Vage nachschleichen werde. Nichts soll sie daran erinnern, daß ich sie liebe, so leidenschaftlich, wie je ein Mann ein Mädchen geliebt hat. Aber erlauben Sie mir, daß ich in Ihrer Nähe sein darf, ohne dieser eifrigen Kälte begegnen zu müssen, die Sie mir gegenüber zur Schau tragen: lassen Sie mir die — Hoffnung auf eine Zukunft, in der die Sonne auch für mich scheinen wird, nur diese Hoffnung, Klaudine.“
„Ich liebe Sie nicht, Hohheit!“ sagte sie stolz und kurz und richtete sich auf; „gestatten Sie, daß ich mich zurückziehen darf.“
„Nein! Noch ein Wort, Klaudine! Ich verlange kein Zugeständnis Ihrer Neigung; es ist weder die Zeit dafür noch der

rige Eigenschaften mitbekommen, so daß viel Geduld und Mut dazu gehört, wenn man aus ihnen rechte, brave Menschen machen möchte. Nach Calw haben wir aber unsere Bräutchen gesandt. Sie sind so voll Freude, voll schöner Erinnerungen und überaus reich beschenkt zurückgekommen. Das Familienleben, der „Vater“ und die „Mutter“, die Tannenwälder und ganz besonders die guten, reichlichen Mahlzeiten, die bei heranwachsenden Kindern eine große Rolle spielen, alles zusammen gestiel den kleinen Gästen. Allen Calwer Kindern, deren Eltern, ebenso den Liebhaber und Oberreichenbacher Gastgebern einen frohen herzlichen Dank. Wir Karlsbühler grüßen Euch und den schönen Schwarzwald! Auf Wiedersehen!

Vertretertag des Ev. Volksbundes.

Der jährliche Vertretertag des Ev. Volksbundes, zu dem sich in Stuttgart rund 250 Abgeordnete aus dem ganzen Land einfanden, wurde am Osterdienstag abend durch eine in der Markuskirche abgehaltene Lichtbilderandacht über das Leben Jesu nach Wilhelm Steinhilber und durch einen Begrüßungsabend im neuen Vereinshaus eröffnet. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden Staatsrats a. D. Dr. v. Mosthafer berichteten dabei Oberregierungsrat Egerer aus Stuttgart und Stadtpfarrer Koller aus Wetzheim über Volksbundsarbeit in Stadt und Land. Bei der Haupttagung am Mittwoch, die mit einer religiösen Ansprache von Stiftsprediger Groß aus Stuttgart begann, überbrachte Prälat D. Holzinger aus Ludwigsburg die Grüße und Wünsche der Oberkirchenbehörde. In den Landesausführen wurden die ausgetretenen Mitglieder wieder- und Frau M. Maiß neu gewählt. Bei der Beratung über den Mitgliedsbeitrag, der nach dem Vorgang anderer Vereine für das Vierteljahr auf den Mindestwert einer Fernbriefmarke festgesetzt wurde, wurde unter lebhaftem Beifall festgestellt, daß nicht Abbau, sondern Ausbau des Ev. Volksbundes die zeitgemäße Lösung sei. Den Höhepunkt des Tages bildete ein Vortrag von Sekretär Springer über die Frage: „Was können wir tun zur Förderung unserer Volkseinheit?“ Im Anschluß daran wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, worin bei der gegenwärtigen Lage unseres Volkes die Mitglieder des Ev. Volksbundes mit besonderem Ernst gebeten werden, im Geist des zu innerster Gemeinschaft verbindenden Evangeliums Christi alles zu tun und zu fördern, was die innere und äußere Kraft unseres Volkes stärken kann, alles zu unterlassen, was den Volksgenossen und einen Stand wider den anderen mit Recht erbittet und unermessliche Kämpfe jedenfalls nicht anders als mit redlichen Waffen und im Blick auf das Wohl des Ganzen zu führen. Ferner werden alle Kreise gebeten, durch freudige Beteiligung am Volkssopfer und Aufheben von Ruhrkindern den Gedanken der Volkseinheit Ausdruck zu verleihen. Die Tagung hinterließ den Eindruck, daß sich in der Not der Zeit der Ev. Volksbund gefestigt hat und sich zu neuen verheißungsvollen Aufgaben führen läßt. — Der Ev. Volksbund für Württemberg zählt nach dem Vollen für seinen Vertretertag in der Osterwoche mitgeteilten Jahresbericht in 752 Ortsgruppen 223 000 Mitglieder.

Unterbringung von Kindern aus dem Ruhr- und Rheingebiet.

Nach dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhr- und Rheingebiet wurde für die Unterbringung von Kindern aus dem neubefreiten Gebiet zunächst das große Kinderheim Heuberg zur Verfügung gestellt. Es sind im Laufe der letzten 14 Tage 2000 Kinder, darunter über 1000 Kinder aus Buer, eingetroffen. Wegen der Unterbringung von Kindern in Familienpflegestellen wurde beschlossen, daß die Zentralleitung für Wohltätigkeit im Benehmen mit dem Ministerium des Innern und im Verein mit

Ort; Sie haben recht, mich daran zu erinnern! Daß ich die Herzogin nicht aus Liebe gewählt habe, daß meine erste innige Liebesleidenschaft Ihnen gehört — kann ich dafür? Ich meine, das geschieht Besseren als mir! Es kommt ohne unser Zutun, ist da und wächst mit jeder Stunde, je mehr wir dagegen ankämpfen. Ich weiß nicht, ob Sie so fühlen wie ich? Ich hoffe es nur und will ohne diese Hoffnung nicht leben.“ Er trat näher und bog sich zu ihr nieder. „Nur ein Wort, Klaudine,“ bat er leise und demütig, „darf ich hoffen? Ja, Klaudine? — Sagen Sie ja und kein Blick soll verraten, wie es um Sie und mich steht.“
„Nein, Hohheit! Bei der Liebe zu meinem Bruder schwöre ich Ihnen, ich fühle nichts für Sie!“ preßte sie hervor und wich zurück bis an das Fenster.
„Für einen anderen, Klaudine, für einen anderen? Wenn ich das sicher wüßte!“ tönte es leidenschaftlich.
Sie antwortete nicht.
Er wandte sich mit einer verzweiflungsvollen Bewegung und ging zu der gegenüberliegenden Tür; dann kam er noch einmal zurück.
„Glauben Sie denn, daß nicht allen Rücksichten der Ehre genügt werden würde? Glauben Sie, ich könnte Sie erniedrigen?“ fragte er, „glauben Sie —“
„Hohheit beginnen bereits damit,“ unterbrach sie ihn, „indem Sie mir in dem Zimmer Ihrer kranken Gemahlin von Liebe sprechen.“
„Wenn Sie die Sache so auffassen...“ sagte er schmerzlich.
„Ja, das tue ich, Hohheit, bei Gott, das tue ich,“ tief das schöne Mädchen sachtlos.
„Klaudine, ich bitte Sie!“ flüsterte er, und wieder schritt er hastig im Zimmer auf und ab, daß die Flammen des Armenzimmers auf dem Kamin sich im Zuge seitwärts legten und dunkler brannten. Und abermals trat er vor sie. „Sie wissen, daß mein Bruder, der Erbprinz, plötzlich starb, kurz vor meines Vaters Tode, vor nunmehr zwölf Jahren?“ fragte er.
Sie neigte besahend den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

den Organisationen der freien Arbeiterschaft und der sonstigen in Betracht kommenden Verbände sämtliche Geschäfte einer Landesstelle für die Unterbringung besorgt. Der Zentralleitung stehen in den einzelnen Bezirken ihre Bezirksorgane zur Verfügung. Als Geschäftsstellen der Bezirke sollen die nunmehr eingerichteten Jugendämter tätig werden. Nach den jetzt vorliegenden Mitteilungen sollen in Württemberg 5000 Kinder aus Westfalen untergebracht werden. Außerdem wird bei der teilweisen Unterbringung der den Heuberg nach Beendigung der Erholungszeit verlassenden Kinder auf württ. Familienpflegestellen gerechnet. „Wilde“ Transporte sollen nicht durchgeführt werden, da sonst das planmäßige Vorgehen im Reich durch die Unruhe, worunter vielfach gerade die erholungsbedürftigen Kinder zu leiden hätten. Von den Entsendestellen im Ruhrgebiet ist zugesichert, daß nur solche Kinder, die sich nach ihrem Gesundheitszustande eignen, in Familienpflegestellen untergebracht werden sollen. Auch wird von den württ. Stellen hierauf noch ein besonderes Augenmerk gerichtet. Ferner werden die Kinder mit Kleidern und Schuhen von den Entsendestellen sorgsam auszurüsten. Falls etwaige außerordentliche Auslagen für Kleider, Schuhe, ärztliche Versorgung und Arzneimittel dringend notwendig werden, wird Ersatz geleistet. Durch ein Abkommen des Vereins Landaufenthalte für Stadtkinder mit einer Versicherungsgesellschaft wird den Kindern eine Entschädigung für Unfälle, sowie dem Haushaltungsvorstand, der Kinder aufnimmt, Schutz gegen gesetzliche Haftpflichtansprüche gewährleistet.

Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung.

Die Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers mit Wirkung vom 1. März 1923 von 4,2 Millionen Mark auf 7,2 Millionen Mark erhöht worden. Eine Änderung der bisherigen Beitragsklassen ist nicht erfolgt. Es sind mithin bei einem monatlichen Verdienst von 60 000 Mark bis 600 000 Mark Beiträge in Klasse 13 mit monatlich 4840 Mk. zu zahlen. Wer die Versicherungspflichtgrenze überschreitet, scheidet erst mit dem 1. Tage des vierten Monats nach Überschreiten der Versicherungsgrenze aus der Versicherungspflicht aus. Die bisherige Einschränkung, daß diese Bestimmung nur gilt, wenn der Angestellte seinen Arbeitgeber oder seine Stellung nicht wechselt, ist weggefallen.

Wetter für Freitag und Samstag.

Im Südwesten steht ein kräftiger Luftwirbel, aber im Osten und Norden erhält sich der Hochdruck. Am Freitag und Samstag ist bei meist nördlichen Winden vereinzelt Gewitterstörung, sonst aber trockenes und mäßig warmes Wetter zu erwarten.

Finanzausschuß.

(ECB) Stuttgart, 11. April. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses gedachte der Vorsitzende zunächst mit Worten des Abscheus der französischen Bluttat in Eisen, worauf Justizminister Bolz Mitteilung machte von der Übernahme zweier Rottweiler Rechtsanwälte in den Staatsdienst im Zusammenhang mit der Abtrennung des Amtsgerichts Balingen vom Landgerichtsbezirk Rottweil. Die Ministerialzulagen wurden mit 4 Nein (3 Dem., 1 Ztr.), 4 Enthaltungen (2 B., 2 Soz.) gegen 8 Ja (3 Ztr., 5 B.) abgelehnt. Sodann wurde die Frage der Beschaffung von Beamtenwohnungen beraten. Angefordert sind 3 Milliarden für 86 Wohnungen. Angenommen wurde der Antrag mehrerer Parteien, der Finanzausschuß wolle das vorgelegte Bauprogramm genehmigen und die Regierung ersuchen, weitere Mittel für den gleichen Zweck bereitzustellen, so daß insgesamt mindestens 100 neue Wohneinheiten erstellt werden können. Genehmigt wurde die Erhöhung eines unverzinslichen Darlehens an den Verein Kindererholungsfürsorge Heuberg auf 500 000 M.

Reichspräsident und Schwäbisches Kunsthandwerk.

(ECB) Stuttgart, 10. April. Reichspräsident Ebert hat auf Grund einer Eingabe der Württ. Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes dem Verein Kunsthandwerk Schwaben eine größere Summe zur Verfügung gestellt, um aus der im staatlichen Ausstellungsgebäude verankerten Ausstellung Handwerkskunst die besten Arbeiten schwäbischer und badischer Kunsthandwerker anzukaufen.

(ECB) Stuttgart, 10. April. Zur Linderung der Erwerbslosigkeit und deren Folgen haben die Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts eine Eingabe an den Gemeinderat gerichtet, in der sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten unter Verwendung der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge und von Reichsdarlehen gefordert wird. Ferner soll der Gemeinderat die Reichsregierung ersuchen, die Erwerbslosenunterstützungsmittel mindestens auf das Doppelte und die Familienzuschläge auf das einundhalbfache zu erhöhen. Sämtliche Erwerbslose sollen Solzlesehne für die städtischen Wadungen, sowie den Minderbemitteltenausweis erhalten, bei längerer Erwerbslosigkeit soll die Wohnungsabgabe erlassen und auf Antrag sodann auch die städt. Gebühren für Gas und Elektrizität, sowie die Umlagen, Müllgebühren usw. gestundet werden.

(ECB) Stuttgart, 11. April. Am letzten Samstag ertrank im Neckar zwischen Münster und Mülhausen ein 14-jähriges Mädchen aus Zuffenhausen. Die Leiche wurde am folgenden Tage geborgen. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen war das Mädchen längere Zeit vor dem Vorfall beobachtet worden, wie es sich weinend am Flußufer herumtrieb. Es ist daher mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Selbstmord vorliegt. Wie durch Zeugenaussagen festgestellt ist, wurde das Mädchen kurz zuvor unweit Mülhausen in Begleitung eines unbekannten Mannes in der Nähe des Neckars beobachtet. — Dienstagabend explodierte in Wangen in einem Hause der Untertürkheimerstraße eine Gasuhr. Hierbei wurde eine Tür eingedrückt und eine Wand beschädigt. Feuer ist nicht entstanden, auch wurde niemand verletzt.

(ECB) Stuttgart, 11. April. Die Vorstände- und Vertreterversammlung der Vereinigten Gewerkschaften und des Ortskartells des Fabrikbundes haben einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

(ECB) Stuttgart, 11. April. Heute abend wurde in der Johannesstraße ein in den 30er Jahren stehender Kriegsblinder namens Bauer, wohnhaft in der Schwabstraße, von einem Automobil überfahren. Schwer verletzt wurde er ins Ludwigsburger Spital gebracht, wo er dem Vernehmen nach bald darauf starb.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern 21 202 M., der Schweizer Franken 3868 M.

Zur Kapitalerhöhung der Köln-Rottweil A.-G.

(ECB) Rottweil, 11. April. Die G.V. der Köln-Rottweil A.G. genehmigte die Kapitalerhöhung um 125 auf 250 Mill. M. Stamm- und um 50 auf 125 Mill. M. Vorzugsaktien, die wiederum an die Ad Astra G.m.b.H. gehen. Von den Stammaktien werden 50 Mill. M. im Verhältnis von 2:5 zu 3000 Pr. plus Bezugsrechtssteuer angeboten und 75 Millionen M. zur Verfügung der Verwaltung gehalten. Davon soll ein erheblicher Teil freihändig verwertet werden, um der Gesellschaft auf lange Zeit die notwendigen Mittel zu sichern. Der Rest geht an die Ad Astra G.m.b.H. Welcher Betrag mit Deutsche Wolle ausgetauscht wird, wurde nicht gesagt. Das Geschäft habe sich stark angelassen. Als Kennzeichen dafür und für die Geldentwertung wurde mitgeteilt, daß das Aktienkapital, das im Frieden etwa einmal jährlich umlief, jetzt zweimal täglich umgeschlagen werde. Alle aufgenommenen Erzeugnisse bewährten sich. Die Bestra-Wolle stelle einen ungeahnten Erfolg dar. Man werde mit dem höchstzulässigen Maße von Abschreibungen eine gute Bilanz aufstellen können. Die Dividende werde im Ausmaße von 200 Pr. erreicht. Ueber die Form wolle man sich erst in einigen Wochen entscheiden. Generaldirektor Flechtheim führte lt. Stuttgarter Neues Tagblatt zu den bereits angeführten Beziehungen zu Deutsche Wolle noch aus, daß sie im Verlauf des Arbeitens an und mit der neuen Faser die Notwendigkeit engerer Fühlungnahme nach der Seite der Lieferer wie der Abnehmer aufgedrängt habe und man deshalb die Engerknüpfung der Beziehungen zu Deutsche Wolle betreibe. Der Hauptgrund sei die Erforschung und Erprobung einer Möglichkeit in der Herstellung von Webwaren aus heimischen Grundstoffen.

Das Geschäft habe sich stark angelassen. Als Kennzeichen dafür und für die Geldentwertung wurde mitgeteilt, daß das Aktienkapital, das im Frieden etwa einmal jährlich umlief, jetzt zweimal täglich umgeschlagen werde. Alle aufgenommenen Erzeugnisse bewährten sich. Die Bestra-Wolle stelle einen ungeahnten Erfolg dar. Man werde mit dem höchstzulässigen Maße von Abschreibungen eine gute Bilanz aufstellen können. Die Dividende werde im Ausmaße von 200 Pr. erreicht. Ueber die Form wolle man sich erst in einigen Wochen entscheiden. Generaldirektor Flechtheim führte lt. Stuttgarter Neues Tagblatt zu den bereits angeführten Beziehungen zu Deutsche Wolle noch aus, daß sie im Verlauf des Arbeitens an und mit der neuen Faser die Notwendigkeit engerer Fühlungnahme nach der Seite der Lieferer wie der Abnehmer aufgedrängt habe und man deshalb die Engerknüpfung der Beziehungen zu Deutsche Wolle betreibe. Der Hauptgrund sei die Erforschung und Erprobung einer Möglichkeit in der Herstellung von Webwaren aus heimischen Grundstoffen.

Dauernde Erhöhung des Mehlpriees.

Die Südd. Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 195 000 M. erhöht.

Württ. Häuteauktion.

(ECB) Stuttgart, 11. April. Die württ. Auktionszentrale hat am Dienstag Häute versteigert. Es wurden folgende Preise erzielt: Ochsenhäute bis 29 Pfd. 3800, 30-49 Pfd. 3750-3860, 50-59 Pfd. 3375-3495, 60-79 Pfd. 3675-3660, 80 Pfd. und mehr 3300-3360. Rinderhäute bis 29 Pfd. 3975-4010, 30-49 Pfd. 4100-4215, 50-59 Pfd. 3965-4075, 60-79 Pfd. 3840-3885. Kuhhäute 30 bis 49 Pfd. 3825-3960, 50-59 Pfd. 3690-3905, 60 bis 79 Pfd. 3715-3900, 80 Pfd. und mehr 4030. Ziegenhäute bis 29 Pfd. 4060, 30-49 Pfd. 3900-4000, 50-59 Pfd. 3535-3605, 60-79 Pfd. 3215-3245, 80 Pfd. und mehr 2550. Norddeutsche Häute 3020. Ausschüßhäute 2710. Kalbfelle unter 10 Pfd. 6280-7000, über 10 Pfd. 6000-6420. Fresserfelle 4105, Hammelfelle gefalzen 2560. Hammelfelle trocken 3710.

Viehmarkt in Calw.

Auf dem gestrigen Vieh- und Schweinemarkt waren insgesamt 96 Stück Rindvieh zugetrieben. Darunter befanden sich 5 St. Jungtiere, 46 Kühe, 25 Kalbinnen, 20 Kinder. Für Jungtiere wurden bezahlt 520-900 000 M., für Kühe 1 600-3 000 000 M., für Kalbinnen 1 100 000 bis 2 700 000 M., für Kinder 460-900 000 M. je pro Stück. — Auf dem Schweinemarkt waren 25 Stück Läufer- und 140 Stück Milchschweine zugetrieben. Für Läufer wurden 440-600 000 M., für Milchschweine 260-380 000 M. pro Paar bezahlt.

Märkte.

(ECB) Ludwigsburg, 11. April. Auf dem letzten Schweinemarkt galten Läufer Schweine 250-300 000 M., Milchschweine 120-170 000 M. je das Stück.

(ECB) Ulm, 11. April. (Schlachtviehmarkt.) Es notierten je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 2200 bis 2400, 2. 1600-2100, Bullen 1. 1600-1800, 2. 1400 bis 1600, Jungrinder 1. 2200-2400, 2. 1700-2100, Kühe 1. 1600-1700, 2. 1200-1350, 3. 650-1000, Kälber 1. 2400 bis 2550, 2. 2100-2350, Schweine 1. 2500-2700, 2. 2200-2400, 3. 1800-2000 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schlichtung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der W. Döschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Gemeinde Ostelsheim. Nadelholz-Stangen-Verkauf

Am Samstag, den 14. April 1923
verkauft die Gemeinde Ostelsheim
66 Stück Bauftangen I.-III. Kl.
326 Stück Verbftangen I.-III. Kl.
2310 Stück Hopfenstangen I.-IV. Kl.
Zusammenkunft vormittags 8 Uhr beim Rathaus.

Unterlengenhardt Oberamt Neuenbürg.
Vergebung v. Anstricharbeiten
Die hiesige Gemeinde beabsichtigt, an der Verschönerung am Schul- und Rathaus, zirka 400 qm, einen zweimaligen Delfarbanstrich vorzunehmen, für das Auf- und Abrüsten hat der Unternehmer zu sorgen.
Angebote können längstens bis 25. April 1923, nachmittags 1 Uhr beim Schultheißenamt eingereicht werden.
Genehmigung wird vorbehalten.
Unterlengenhardt, den 11. April 1923.
Gemeinderat.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

Endlich das elektrische Volks-Bügeleisen
Probe-Mustersendung enthaltend:
1 Stück 2 1/2 kg mit Zultg. Mk. 20 400.—
1 dito 3 kg mit Zultg. Mk. 21 800.—
franko jeder Poststation per Nachnahme od. Vorauszahlung durch die Spezialfabrik:
Elektrowerk Gebr. Rilling A.-G.
Dusslingen 48 (Württbg.)
Herstellerin der vorzögl. Kep-Fabrikate.
Rührige Vertreter gesucht!

Leder- und Treibriemen-Verkauf
so gut wie neu, 7,5 m lang, 10 cm breit.
Gustav Eisele, Schleiferei, Hirsau.

Zu verkaufen ein sehr schönes, 6 Wochen trächtiges
Mutterchwein
Jakob Rübler, Ostelsheim.

2 Ziegen-Lämmer verkauft Bauer, Ernstmühl.

Wo kann verheirat. Mann (erwerbslos) in Calw od. Umgebung Verdienst und Arbeit (gen.) welcher Art finden. Angebote unter N. S. 84 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Komme nächster Tage nach Calw und

kaufe alte Gebisse

Zahle pro Zahn 1000 bis 3000 Mk. Stützähne, Brennstifte sehr hohe Preise. Erbitten Abreßenangabe an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Holzbronn. Verkauft 2 hochträgliche **Ziegen** Jakob Bechtold.

Die glückliche Geburt eines **Buben** zeigen in dankbarer Freude an **Hermann Schmid u. Frau Johanna** geb. Wagner. Calw, den 12. April 1923.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 14. April 1923 stattfindenden **Hochzeitsfeier** in das Gasthaus zur „Krone“ in Altbürg freundlichst einzuladen.
Gottlieb Steimle, Altbürg.
Christine Hamberger, Oberlengenhardt.
Kirchgang 11 Uhr in Altbürg.

Empfehle mich im Anfertigen sämtl. Herren-Garderobe bei billigster Berechnung **G. Sedelmaier**, Lederstraße 168.

Verlaufen hat sich am Ofternamstag mein schwarzer **Halbhund** (Art Pinscher.) Um sachdienliche Mitteilung bitte **Ulrich Stoll**, Dittenbronn.